

ÜBUNGSTEST ÜK4–ÜK5



Aufgabe 1

1.1.3.5.1 Abgaben und Gebühren

a) Die öffentliche Verwaltung benötigt für die Erfüllung ihrer Aufgaben Geld. Wie kommt die Verwaltung zu diesem Geld?

b) Füllen Sie die Tabelle aus.

Kausalabgabe			
Wofür wird diese Kausalabgabe erhoben?			
Wer zahlt wann diese Kausalabgabe?			
Beispiel			

c) Wo ist geregelt, wer, für was, wie viel Gebühren erheben darf?

d) Kreuzen Sie das entsprechende an.

	Steuern	Gebühren	Vorzugslasten	Ersatzabgaben
Abgaben				
werden jährlich erhoben				
werden den Leistungsbeziehern/Leistungsbezieherinnen individuell belastet				
wird anhand Einkommen und Vermögen berechnet				
werden bei Nichterfüllung einer auferlegten Pflicht erhoben				
werden für die Deckung von Kosten öffentlicher Anstalten erhoben				
gibt es auf Bundes-, wie auch auf Kantons- und Gemeindeebene				

Aufgabe 2

1.1.3.5.2 Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip

a) Erklären Sie das Kostendeckungsprinzip anhand eines Beispiels.

b) Erklären Sie das Äquivalenzprinzip anhand eines Beispiels.

c) Was verstehen Sie unter dem Verursacherprinzip? Wird dieses Prinzip beim Erheben von Gebühren berücksichtigt?

d) Ordnen Sie den untenstehenden Artikeln aus der Verordnung über die Grundbuchgebühren das jeweilige Prinzip zu und erklären Sie ihre Wahl. (KP= Kostendeckungsprinzip, ÄP= Äquivalenzprinzip)

Gesetzesartikel	Prinzip	Begründung
Für die Eintragung von Eigentum beträgt die Gebühr 2‰.		
Wechselt das Eigentum infolge eines Erbgangs, beträgt die Gebühr 1‰ des Katasterwertes, höchstens aber 5000. –.		
Für die Begründung von Stockwerkeigentum beträgt die Gebühr 0.5‰ des Katasterwertes der Liegenschaft oder des Baurechtgrundstückes, mindestens aber Fr. 500. –.		

Aufgabe 3

1.1.3.8.1 Der politische Einfluss auf die Verwaltung

a) Wählen Sie vier mögliche politische Akteure aus und beschreiben Sie die Schnittstelle zur Verwaltung.

Politischer Akteur	Schnittstelle zur Verwaltung

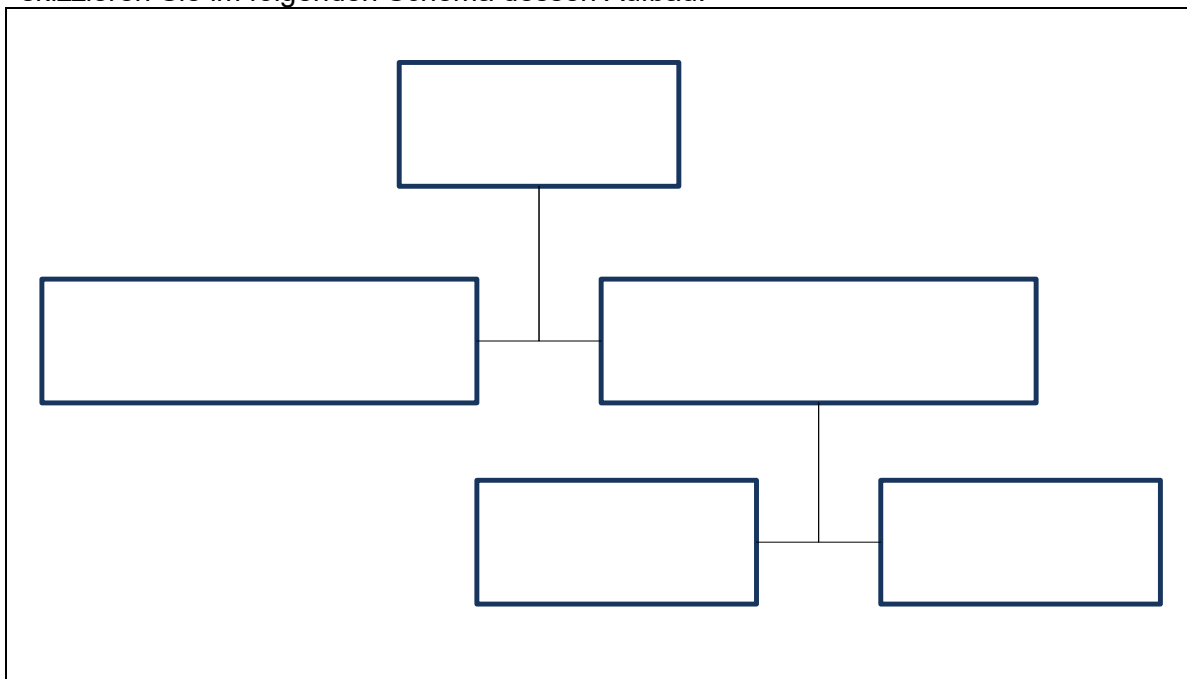
b) Auf welche Weise hat die Politik Einfluss auf die Verwaltung? Nennen Sie drei Beispiele.

c) Darf die Verwaltung Einfluss auf die Politik nehmen?

Aufgabe 4

1.1.6.1.1 Beispiele des öffentlichen Rechnungsmodells

- a) Schreiben Sie das Rechnungsmodell der öffentlichen Verwaltung ins oberste Feld und skizzieren Sie im folgenden Schema dessen Aufbau.



- b) Nennen Sie die Rechnung, in welcher die aufgeführten Geschäftsfälle verbucht werden.

Geschäftsfall	Rechnung
Ein neuer Computer wird angeschafft.	
Die Feuerwehr benötigt ein neues Feuerwehrauto.	
Geld wird vom Post- auf das Bankkonto umgelagert	
Ein neues Schulhaus wird gebaut	
Büromaterial wird bestellt.	
Wir erhalten Rechnung für die Büromiete	

c) Nennen Sie drei Grundsätze der Rechnungsführung des Öffentlichen Rechnungsmodells und beschreiben Sie diese kurz.

1.)

2.)

3.)

d) Füllen Sie die Gegenüberstellung korrekt aus.

	Verwaltungsvermögen	Finanzvermögen
Beschreibung		
Praxisbeispiel		

e) Nach welchen drei Arten kann die Jahresrechnung der öffentlichen Verwaltung gegliedert werden? Welche davon sind Pflicht für Gemeinden?

Aufgabe 5

1.1.6.2.1 Genehmigungsverfahren

- a) Das Genehmigungsverfahren der Jahresrechnung erfordert einen exakten Ablauf. Bringen Sie die Schritte in die richtige Reihenfolge und nennen Sie die zuständigen Stellen auf Kantonsebene oder Gemeindeebene.

	Bericht der Finanzkontrolle an die Exekutive zuhanden der Legislative	
	Einberufung der Legislativbehörde	
1	Erstellen der Rechnung durch die Exekutive	
	Genehmigung der Rechnung durch die zuständige Behörde	
	Prüfung der Rechnung durch die Finanzkontrolle.	

Aufgabe 6

1.1.6.2.2 Jahresrechnung/Voranschläge

- a) Finanzkennzahlen ermöglichen die Gewinnung wichtiger Informationen zur Finanzpolitik. Was wird konkret durch Finanzkennzahlen ermöglicht? Nennen Sie zwei Punkte.

- b) Beurteilen Sie untenstehende Aussagen über den Tabelleninhalt. Begründen Sie entweder deren Richtigkeit oder korrigieren Sie die Aussage.

Finanzkennzahlen 2012				
Gemeinde	Steuerfuss	Selbstfinanzierungsgrad	* Nettoschuld pro Einwohner	Zinsbelastungsanteil
	in Einh.	in %	in Fr.	in %
Entlebuch	2.2000	192.75	3278	0.80
Luzern	1.7500	25.85	2894	-4.57
Menznau	2.4000	222.66	5208	0.91
Meggen	1.0350	71.36	-2386	-0.25

* kantonales Mittel = Fr. 2'445

Im Kanton Luzern beträgt das gesetzliche Maximum der Nettoschuld/Einwohner das doppelte kantonale Mittel

Die Gemeinde Entlebuch konnte die Investitionen im Jahr 2012 selber bezahlen ohne neue Schulden zu machen.

Je höher der Steuerfuss, desto beliebter ist die Gemeinde für wohlhabende Personen.

Die Stadt Luzern leidet an einem enormen Zinsbelastungsanteil, was dazu führt, dass Sie die Investitionen nicht selber bezahlen können.

Die Gemeinde Menznau überschreitet das gesetzliche Maximum der Nettoverschuldung pro Kopf.

Wenn das gesetzliche Maximum der Nettoverschuldung pro Kopf überschritten wird, greift der Kanton ein und kann einen höheren Steuerfuss verlangen.

Aufgabe 7

1.1.3.1.1 Auftrag des Lehrbetriebes

a) Nennen Sie je zwei Stakeholder der öffentlichen Verwaltung.

intern	extern

b) Was ist ein Leitbild?

c) Warum erstellt man ein Leitbild?

d) Was ist ein Legislaturprogramm?

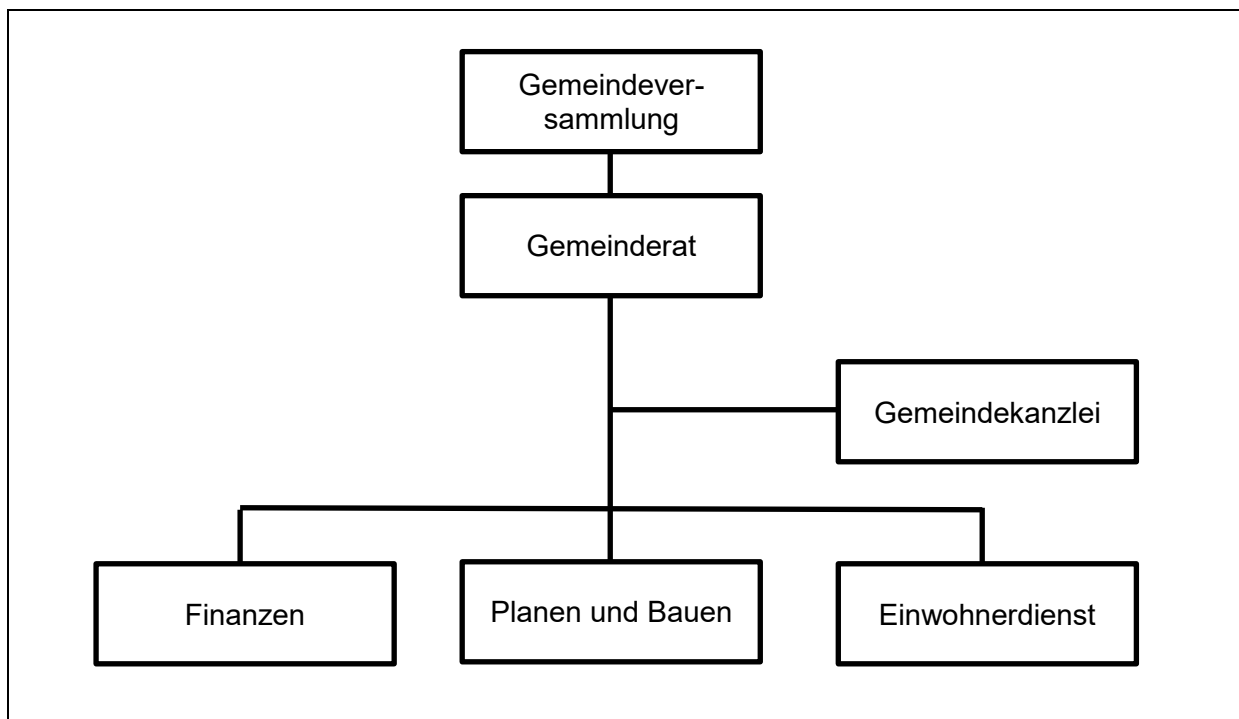
e) Wer verabschiedet ein Legislaturprogramm?

f) Nennen Sie mindestens ein Legislaturziel, welches Ihre Kantonsregierung oder Ihre Gemeinderäte definiert haben?

g) Nennen Sie zwei Ziele/Orientierungen des New Public Managements.

Aufgabe 8

1.1.5.1.1 Organigramm



a) Was ist eine Stabstelle? Nennen Sie auch die Stabstelle/n im Organigramm der Gemeinde Musterhausen.

b) Was ist eine Linienstelle?

c) Welches sind die Linienstellen der Gemeinde Musterhausen?

d) Welches ist das oberste Organ der Gemeinde Musterhausen?

e) Wer ist für die Führung der Verwaltung der Gemeinde Musterhausen verantwortlich?

Aufgabe 9

1.1.5.1.2 Berufsperspektiven in der öffentlichen Verwaltung

a) Schreiben Sie Ihre Berufsperspektiven in der öffentlichen Verwaltung nieder.

Aufgabe 10

1.1.5.1.3 Öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis

a) Unterscheiden Sie das privat-rechtliche Anstellungsverhältnis vom öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis.

	Privat-rechtliches Anstellungsverhältnis	Öffentliche-rechtliches Anstellungsverhältnis
Arbeitgeber		
Entsteht durch/ Gültig durch		

Willensäußerung (einseitig oder gegenseitig?)		
rechtliche Grundlagen		